



---

## Ausschussdrucksache 20(9)237

17. April 2023

---

**Lis Cunha**  
**Handelsexpertin**  
**Greenpeace e.V.**

### **Stellungnahme**

#### **Öffentliche Anhörung**

**zum**

Antrag der Fraktion der CDU/CSU  
**Politische und wirtschaftliche Beziehungen zu Lateinamerika stärken – Assoziierungsabkommen zwischen der Europäischen Union und den Mercosur-Staaten in Kraft setzen**

BT-Drucksache 20/4887

und

Antrag der Abgeordneten Alexander Ulrich, Christian Leye, Andrej Hunko, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.

**EU-Mercosur-Abkommen neu verhandeln - Für eine faire Wirtschafts- und Handelspolitik**

BT-Drucksache 20/5980

**am 19. April 2023**

19 April 2023

## Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung im Wirtschaftsausschuss zum EU-Mercosur-Abkommen

Lis Cunha, Handelsexpertin, Greenpeace e.V.

Das ausgehandelte EU-Mercosur-Handelsabkommen ist im Prinzip ein neokoloniales, extraktivistisches Instrument: Es soll die EU-Importe von Rohstoffen und Agrarprodukten aus Südamerika sichern und gleichzeitig die EU-Exporte von Industrie- und Chemieprodukten steigern. Es zementiert die Ausbeutung natürlicher Ressourcen im Globalen Süden zugunsten der europäischen Konzerne. Ein völlig falsches Signal in der aktuellen Klimadebatte und ein Relikt aus längst vergangenen Zeiten.

Ziel des Abkommens ist es, den Handel mit Agrarprodukten wie Fleisch und Soja, Chemikalien wie Pestizide sowie Verbrenner-Fahrzeugen zu fördern. Indem das Abkommen mehr solcher schädlichen Produkte fördert – statt ihre Produktion und ihren Verbrauch zu reduzieren –, steht es in direktem Widerspruch zu den Zielen des Europäischen Green Deals.

Das Abkommen wäre ein Rückschritt beim Klima- und Naturschutz, die erwarteten Folgen für die Menschen und die Umwelt in den Mercosur-Ländern verheerend: Schon jetzt wird dort Natur zerstört, Gemeinschaften verdrängt, Artenvielfalt gefährdet, kleinbäuerliche Landwirtschaft verhindert, um Platz für Commodities für den Export an die EU zu schaffen. 99.000 zusätzliche zollbegünstigte Tonnen Rindfleisch, 650.000 Tonnen zusätzliches Bioethanol aus Zuckerrohr, wie im Abkommen vorgesehen, werden vor Ort reale, schwerwiegende Konsequenzen haben.

Laut den Expert:innen der Ambec Commission bedeuten allein die 99.000 Tonnen zollbegünstigtes Rindfleisch mindestens 5% jährliche zusätzliche Entwaldung im Mercosur-Raum. Diese Zerstörung erfahren meine Kolleg:innen in Argentinien täglich unmittelbar. Deshalb kämpfen sie dafür, dass Argentinien's Gran Chaco geschützt wird - in diesem wichtigen, biodiversitätsreichen Ökosystem ist die Entwaldung schon heute extrem: Allein in 2022 wurden mehr als 112.545 Hektare gerodet. Die circa 200.000 indigenen Menschen, die dort leben, verlieren damit sukzessive ihr Zuhause. Auch die letzten 20 Jaguare sind gefährdet. Noch mehr Anreize für Fleisch- und Sojaexporte an die EU, wie im Abkommen vorgesehen, können hier über Leben und Tod entscheiden.

Bestimmungen in einem Zusatzinstrument ändern nichts an diesen Anreizen. Dabei wissen wir längst, dass eine Reduktion des Fleischkonsums auch angesichts der Klimakrise dringend notwendig ist. Das EU-Mercosur-Abkommen fördert aber mehr Fleisch, nicht weniger. Es fördert zudem mehr Biosprit-Exporte, und damit mehr Flächenbedarf für volle Tanks statt für Lebensmittel zur Ernährung der heimischen Bevölkerung.

Und im Gegenzug schafft das Abkommen Zölle auf europäische Pestizidexporte ab. Mit dem Ergebnis, dass es für europäische Chemiekonzerne noch profitabler wird, ihre Pestizide in den Mercosur-Staaten zu verkaufen. Darunter auch Pestizide, die in der EU nicht zugelassen sind, weil sie für Mensch und Umwelt zu gefährlich sind. Das Abkommen sichert Südamerika als Absatzmarkt für diese Gifte, während wir in Europa

**GREENPEACE**

Ziele zur Pestizidreduktion festgelegt haben. Es senkt auch die Zölle für europäische Autoexporte und sichert Südamerika für weitere Jahrzehnte als Absatzmarkt für Verbrennerautos, die in der EU ab 2035 aufgrund des Klimaschutzes nicht mehr zugelassen sind.

Meine Kolleg:innen in Brasilien sagen: Wir wollen euren Müll nicht! Das, was für die EU nicht gut ist – Pestizide, Verbrennerautos – wollen wir hier auch nicht haben. Wir wollen keinen Handelsvertrag, der für solche europäischen Exporte Anreize bietet.

Die brasilianische Zivilgesellschaft mobilisiert seit 2020 gegen das Abkommen. Mehr als 100 Gewerkschaften, Umweltverbände und Menschenrechtsorganisationen schreiben: Eine Zustimmung zu diesem Deal, der die koloniale Logik der ewigen Rohstofflieferanten und Importeure von Industriegütern reproduziert, wäre "eine wahre Katastrophe". Ihnen zufolge wird die vorgesehene Marktöffnung erhebliche sozioökonomische Auswirkungen und weitreichende Folgen für Arbeiter:innen, Landnutzung, Territorien, Umwelt und Klima in Brasilien und den übrigen Mercosur-Staaten haben.

Auch ein Zusatzinstrument ändert daran nichts. Denn ein Zusatzinstrument aus gutgemeinten, aber leeren Worten zum Umweltschutz verändert nicht den schädlichen Kern des Abkommens: Die Förderung des Handels von klima- und umweltschädlichen Produkten wie Rindfleisch, Pestiziden und Verbrennerautos.

Die brasilianische Zivilgesellschaft fordert daher Neuverhandlungen.

Auch die brasilianische und die argentinische Regierung haben mehrfach den Wunsch geäußert, den Text des Abkommens an sich zu überarbeiten, um die Bedürfnisse Südamerikas, insbesondere im Hinblick auf die Entwicklung ihrer eigenen Industrie, stärker zu berücksichtigen.

Für die Mercosur-Industrie und die Arbeitsplätze gibt es in der Tat ernsthafte Bedenken: Gewerkschaften aus Südamerika kritisieren, dass die vorgesehene Zollsenkung für industrielle Importe aus der EU zu umfangreich und das Tempo dafür zu hoch ist, als dass sich die lokale Industrie an den verstärkten Wettbewerb anpassen könnte. Der verschärfte Wettbewerb gefährde Arbeitsplätze und erhöhe die Ausgrenzung der Arbeitsverhältnisse im Mercosur, weshalb die Unterzeichnung des Abkommens laut Aussage der Gewerkschaften „ein Todesurteil“ für die dortigen Industrien“ sei. In Argentinien könnten schätzungsweise fast 200.000 Menschen wegen des Abkommens ihre Arbeit verlieren.

Auch daran kann ein Zusatzinstrument nichts ändern.

Laut Prof. Krajewski und Dr. Hoffmann wäre eine vollständige Neuverhandlung die einzig glaubwürdige Option für ein nachhaltiges Handelsabkommen zwischen der EU und dem Mercosur.

Ein Zusatzinstrument in Form einer Interpretationserklärung, wie es die EU-Kommission vorschlägt, kann laut den Expert:innen die Inhalte des Abkommens nicht ändern. Ihnen zufolge wäre es zwar theoretisch möglich, ein Zusatzinstrument zu entwickeln, das keine reine Interpretationserklärung ist, aber das könnte Widersprüche hervorrufen und zu Kohärenzproblemen zwischen den verschiedenen Bestimmungen der Texte führen. Daher ist ein solches Zusatzinstrument weder empfehlenswert noch realistisch.

Es bleibt letztendlich eine politische Entscheidung: An einem Vertrag festzuhalten, der mit einem Verhandlungsmandat aus den 90er Jahren längst veraltet ist und einer

neokolonialen Logik folgt. Oder die Chance für einen kompletten Neuanfang zu nutzen, mit einem modernen, nachhaltigen und fairen Mandat: Um sicherzustellen, dass ein neu formulierter Vertrag in seinen Grundsätzen keine umwelt- und klimaschädliche Produkte fördert und keineswegs zur Ausbeutung natürlicher Ressourcen in Südamerika führt.

Greenpeace fordert: Das EU-Mercosur-Abkommen in seiner jetzigen Form, inklusive jeglichem Zusatzinstrument, muss abgelehnt werden. Die EU-Handelspolitik braucht endlich eine Neuausrichtung, die auf einer reduzierten Ressourcennutzung basiert und uns erlaubt, innerhalb der planetaren Grenzen zu wirtschaften.

Eine Zusammenfassung der zahlreichen Studien und Analysen zum EU-Mercosur-Abkommen und seine negative Auswirkungen auf die Umwelt, auf Menschenrechte und auf das Klima kann hier abgerufen werden:  
[https://www.greenpeace.de/publikationen/Giftvertrag\\_EU%20Mercosur\\_%20klimasch%C3%A4dlich\\_naurfeindlich\\_veraltet\\_0.pdf](https://www.greenpeace.de/publikationen/Giftvertrag_EU%20Mercosur_%20klimasch%C3%A4dlich_naurfeindlich_veraltet_0.pdf)

# GREENPEACE